

Elvira Högemann, Rede 1.9.06

Liebe Friedensfreunde und –freundinnen, liebe Kölner MitbürgerInnen,

Noch wird über die Zahl der Soldaten spekuliert, aber eins steht fest: die Bundesregierung ist entschlossen, Bundesmarine an Libanons Küste zu schicken. Verteidigungsminister Jung hat bereits vor Tagen erklärt, dies werde „ein Kampfeinsatz“.

Was soll das heißen? Der Minister wünscht ein „robustes Mandat“, damit man fremde Schiffe ertern und gegen den Willen der Besatzung durchsuchen kann, und offenbar wird im Zuge dieser Aktivitäten dann auch mit gewaltsamen Auseinandersetzungen gerechnet. Ein „Kampfeinsatz“ eben. So wird das Publikum – also wir – von Mal zu Mal an das steigende Risiko gewöhnt, das Militärmismissionen nun einmal mit sich bringen ... Wir sollen es hinnehmen, als Begleiterscheinung der vorgeblich normalen Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland sich auch in militärischen Dingen zum Global Player aufschwingt, international mitspielt in der ersten Liga der Militärmächte. Was für ein Spiel wird da gespielt?

Nach dem bloßen Augenschein hat sich in den letzten Jahren ein Konflikt nach dem anderen an verschiedensten Orten entwickelt, und - möglicherweise eher zufällig – die meisten von ihnen im Nahen Osten und angrenzenden Gebieten. Zufällig da, wo die größten Ölreserven der Welt lagern. Längst hat die „einzige Weltmacht“, genauer: Regierung der USA diese ganze Region als Einheit ins Visier genommen. „Greater Middle East“ – der „größere Mittlere Osten“ also - heißt das Schlagwort, unter dem in den planerischen Zirkeln, in den maßgebenden US-Denkfabriken und in der Bush-Administration die aktive Umgestaltung einer ganzen Weltregion propagiert wird. Dieser „größere Mittlere Osten“ soll nach dem Willen der Erfinder etwa von Marokko bis Pakistan reichen. Und er soll – von außen, wohlgermerkt – dazu gebracht werden, sich zu mehr Demokratie und zu sog. „offenen Ökonomien“ zu bekehren. Senator Lugar, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses in den USA, formulierte das Ziel auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2004 einfach und klar: „individuelle, religiöse und politische Freiheit und ein marktwirtschaftliches System“. Freihandelszonen, der ungehinderte Zustrom von Waren aus dem reichen Norden sind ausdrücklich Teil dieses Programms. Freier Handel auch mit den Bodenschätzen des Orients, ohne lästige nationalstaatliche Kontrolle, am besten durch Privatisierung der jeweiligen nationalen Reichtümer. Kurzum, es handelt sich um die moderne Auflage des klassischen Kolonialismus, der altbekannten „Bürde des weißen Mannes“, der den in ihrer Entwicklung stagnierenden Völkern damals Zivilisation und Ordnung, heute Demokratie und Stabilität bringen will, ja angeblich muss. Damals wie heute ging es um die Aneignung der einheimischen Reichtümer, insbesondere der Rohstoffe, es ging um die neuen Märkte für die Waren aus den Mutterländern und um willfährige Regierungen, die diesen Zustand möglichst verewigen

Die Konsequenz: „Militärische Gewalt wird weiterhin eine vitale Rolle spielen“ – mit diesen Worten wirbt ein anderer US-Senator vor der NATO für dieses große Programm. Instabile Staaten, Schurkenstaaten, Staaten, die nach Massenvernichtungswaffen greifen – tatsächlich oder angeblich – Staaten, die Terroristen Unterstützung und Unterschlupf gewähren, sollen demnach mit militärischen Mitteln zur Raison gebracht werden – alles, damit die politische und ökonomische Umgestaltung greifen kann. Die dann mit militärischer Stärke und Präsenz abgesichert werden muss.

Der schon erwähnte Senator Lugar forderte in München die NATO auf, fit zu werden für die neuen Missionen in der Region, wörtlich: „vorbereitet zu sein auf zukünftige Afghanistan-ähnliche Operationen“. Das Ganze nannte er „ein neues transatlantisches Programm für Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit im größeren Mittleren Osten.“

Die NATO hat bisher gezögert, in das Programm voll einzusteigen. Die Bush-Administration setzt nun darauf, einzelne Regierungen zum Mittun zu bewegen. Auch die unsere. Dies sollten wir uns vor Augen halten, wenn wir die gegenwärtige Haltung der Bundesregierung in Fragen Krieg und Frieden bewerten. Angesichts von Planungen, die eine Kette künftiger Kriege locker vorhersehen, gäbe es ja wohl nur eins: laut und entschieden Nein sagen zu diesem „neuen

transatlantischen Projekt“! Im Ganzen Nein zur offenen Wiedereinrichtung des Kolonialismus und Nein im Einzelnen, das heißt in jedem mit Absicht hochgespielten Konfliktfall.

Die Bundeskanzlerin sucht stattdessen den Schulterchluss mit der Regierung Bush. Beim Besuch in den USA wünschte sie, dass der Westen „mit einer Stimme“ spreche. Das war im Frühjahr, auf einem der Höhepunkte der Eskalation gegen den Iran. Es wäre notwendig gewesen, dem Präsidenten in aller Deutlichkeit zu sagen, dass die Bundesregierung in keinem Fall einem militärischen Eingreifen zustimmen werde. Auch wenn sie immer wieder beteuert, sie sei für eine diplomatische Lösung - die unumwundene Festlegung gegen die „militärische Option“ vermissen wir bis heute. Wir vermissen jede Andeutung, was der Kern einer diplomatischen Lösung sein müsste: Nichtangriffsgarantien für den Iran, der immerhin von US-Militärbasen umringt und von einer Reihe Atomwaffen besitzender Länder umgeben ist.

Die Gefahr ist groß, dass sich die Bundesrepublik in die künftigen Kriege des „transatlantischen Projekts“ hineinziehen lässt – im Namen des Schulterchlusses, der „einen Stimme“ und wahrscheinlich auch, weil es verführerisch erscheint, bei diesem kolonialistischen Projekt auf der Seite der Gewinner mit zu profitieren.

Ganz abgesehen davon, dass dergleichen auch ohne die Führung der USA geht: die Entsendung des Bundeswehrkontingents in den Kongo wurde dem Bundestag von der CDU so empfohlen: es handle sich schließlich um eine interessante, rohstoffreiche Region.

Die Frage, ob deutsche Soldaten in den Libanon entsandt werden, wurde hierzulande unter einer ziemlich krausen Prämisse diskutiert: Man dürfe nicht in die Lage kommen, auf Israelis zu schießen. Unausgesprochen bedeutet das wohl, dass man auf Araber sehr wohl schießen darf ... Oder? Die UNO-Resolution stellt die Aufgabe, beide Kriegsparteien dazu zu bringen, sich an den Waffenstillstand zu halten. Dieser Waffenstillstand ist gefährdet von Anfang an; er droht um so eher zusammen zu brechen, je deutlicher sich die UNO-Truppen als einseitige Schutzmacht erweisen. Schutzmacht für die Seite, die aus geringem Anlass in den Libanon einmarschiert ist und die Lebensgrundlagen der Menschen dort zusammengebombt hat. Um jedes Missverständnis hier zu vermeiden: Das Existenzrecht des Staates Israel steht für uns außer Frage; seine Sicherheit kann jedoch nur durch Verständigung mit seinen Nachbarn und auf dem Wege der Verhandlungen erreicht werden. Und nur, wenn endlich ernst gemacht wird mit der Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates. Auch hier vermissen wir jede Initiative der Bundesregierung! Gerade hier wäre sie dringend notwendig, denn von allein werden es weder Hisbollah noch Hamas noch die Regierung Olmert schaffen, die Strategie der militärischen Gewalt aufzugeben.

Nur mit eindeutigen politischen Initiativen, die auf Verhandlungen und Verständigung zielen, lassen sich die Brandherde im Vorderen und Mittleren Orient löschen. Das könnte z.B. bedeuten, sich für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen und Mittleren Osten einzusetzen, bei der alle Beteiligten am Tisch sitzen, gegenseitige Nichtangriffsgarantien tauschen und Abrüstungsschritte verabreden, einschließlich einer kernwaffenfreien Zone – und das gerne von Pakistan bis Marokko.

Bis dahin ist noch ein weiter Weg. Wir von der Friedensbewegung werden nicht aufhören, von der Bundesregierung zu verlangen, dass sie sich ans Grundgesetz hält und keine Soldaten ins Ausland entsendet. Wir werden weiter Aktionen gegen drohende neue Kriege machen. Mit dem heutigen Tag verschärft sich wieder die mediale Offensive gegen den Iran. Wieder wird so getan, als betreibe der Iran mit der Urananreicherung etwas Unerlaubtes. Wieder kommt die militärische Option ins Gespräch. Schon das Wort „Ultimatum“ ist ein Vorkriegs-Wort!

Das heißt: in der nahen und fernerer Zukunft gibt es viel zu tun, wenn man dem Frieden eine Stimme, die Friedenslobby in diesem Land stark machen will. Die Friedensbewegung, die Friedensgruppen auch hier am Ort brauchen viel Unterstützung dabei.

Ich danke Euch und Ihnen allen, die unsere heutige Aktion unterstützt haben.